

Beispielhafte Kritik an den vorliegenden Bevölkerungs- und
Wohnungsbedarfsprognosen in Schleswig-Holstein

Auszug aus dem Gutachten:

Peter H. Kramer (Büro für angewandte Systemwissenschaften in der
Stadt - und Gemeindeentwicklung):

Schulentwicklung Stadt Bad Bramstedt bis zum Jahr 2035.

2018 - Grundlagenband (145 Seiten)

Dipl.-Ing. Peter H. Kramer

Büro für angewandte Systemwissenschaften
in der Stadt- und Gemeindeentwicklung
Hermann-Löns-Str. 6 Tel. 0 57 22 - 95 48 470
31707 Bad Eilsen www.kramergutachten.de

Auszug aus dem Kapitel: 1.3 Relevanz und Intension der vorliegender Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung Seite 9 bis 12:

Die statistischen Landesämter haben für die Kreise und in der Regel auch für die größeren Städte so genannte regionale Bevölkerungsvorausberechnungen erstellt, so auch das Statistikamt **Nord**. Die Bertelsmannstiftung¹ hatte Anfang der 2000er Jahre eine Bevölkerungsvorausberechnung u.a. für den Zeitraum bis zum Jahr 2025 für alle Kommunen in Deutschland mit mindestens 5.000 Einwohnern veröffentlicht. Diese Datenaufbereitung wurde vom IES² durchgeführt, die Berechnungen vom „Berechnungsteam“ der Bertelsmannstiftung (ohne Nennung der Autoren).

Bei der Bevölkerungsvorausberechnung bzw. den Prognosen der Bertelsmannstiftung und der statistischen Landesämter³ wird die zukünftige Bevölkerungsentwicklung auf Basis der jüngsten Vergangenheit fortgeschrieben. D.h., es wird davon ausgegangen, dass sich die Ereignisse dieses zufällig ausgewählten Zeitraumes in den nachfolgenden Jahrzehnten fortwährend wiederholen. Gelegentlich werden diese leicht modifiziert, um den Einschein von Sorgfalt zu suggerieren. Fortschreibungen auf Basis von Durchschnittswerten sind bei komplexen, dynamischen Systemen falsch⁴. So kann z.B. der gleiche Durchschnittswert eine Folge einer ansteigenden, rückläufigen oder schwingenden Entwicklung sein. Die Entwicklung im Referenzzeitraum könnte auch durch ein singuläres Ereignis hervorgerufen worden sein, d.h. sie hatte eine zeitlich begrenzte Ursache. Die Wirkungszusammenhänge sind in diesem System i.d.R. nicht linear. Bei diesen Prognosen bzw. Rechenvorgängen werden die Bevölkerungsbewegungen nicht ausreichend dynamisiert. Wesentliche Determinanten der Bevölkerungsbewegungen werden gar nicht beachtet. So erfolgen Wanderungen in den Prognosen unabhängig vom Wohnraum und unabhängig von der Entwicklung im Ziel- bzw. Herkunftsgebiet. Außerdem wird dort unterstellt, dass sich die Bevölkerungsgruppen in der jeweiligen Region, Stadt, Gemeinde, Stadt- oder Ortsteil demographisch identisch verhalten. Tatsächlich gibt es, je nach sozialer Gruppe, sehr unterschiedliche Verhaltensweisen. Infolge der zunehmenden Segregation werden diese Unterschiede größer je kleiner der Betrachtungsraum gewählt wird. Gleichzeitig nimmt der Einfluss politischer Entscheidungen zu. Ein „Runterbrechen“ dieser Prognosen auf die Ebene von Stadtquartieren oder Ortsteilen potenziert diese groben Fehler. Werden auf Basis der Prognosen Entwicklungsplanungen (z.B. Kinderbetreuung oder Schulen) erstellt, sind massive Schäden am Gemeinwohl sehr wahrscheinlich. Dabei wird den Ursachen für die bisherige Bevölkerungsentwicklung nicht nachgegangen, was allerdings auch eine umfassende Kenntnis über Städte und Gemeinden voraussetzt. Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zum demographischen Verhalten werden, wenn überhaupt, nur selektiv eingearbeitet. Auch die sich stark verändernden Rahmenbedingungen bleiben i.d.R. unbeachtet. Hinzu kommt noch das Besondere einer jeden Stadt oder Ortes als Folge seiner Lage, Ausstattung und früheren Entwicklung. Mit diesen Prognosen oder

-
- 1 1977 gründete der Unternehmer Reinhard Mohn die Bertelsmann-Stiftung. 1993 übertrug er der Stiftung die Majorität des Grundkapitals der Bertelsmann AG. 81% der Aktien der Bertelsmann AG hält die Stiftung, die übrigen sind im Besitz der Familie Mohn. Die Stimmrechte der Aktien blieben bei der Familie Mohn. Die Stiftung ermöglicht eine ungehinderte politische Arbeit und hohe Steuereinsparungen. Der Bertelsmannkonzern erwirtschaftete 2016 einen Umsatz von etwa 17 Mrd. €. Der Konzern gliedert sich in die Unternehmensbereiche Fernsehgruppe RTL Group, die Buchverlagsgruppe Penguin Random House, der Zeitschriftenverlag Gruner + Jahr, das Musikunternehmen BMG, der Dienstleister Arvato, die Bertelsmann Printing Group, die Bertelsmann Education Group sowie das internationale Fonds-Netzwerk Bertelsmann Investments.
Siehe auch Thomas Schuler: Bertelsmannrepublik Deutschland – eine Stiftung macht Politik. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2010
 - 2 Das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) ist nach eigenen Angaben eine Forschungs- und Beratungseinrichtung, die sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausschließlich über Projektaufträge finanziert. Durch einen Kooperationsvertrag besitzt das IES den Status eines "An-Instituts" der Universität Hannover. Geschäftsführer ist Dr. phil. Andreas Borchers. (Das IES wird hier als geförderte, konkurrierende Unternehmung betrachtet.)
 - 3 ebenso Gewos: Wohnungsmarktkonzept Quickborn, 2010
 - 4 siehe auch: Kramer, Peter H.: Intension und Signifikanz der amtlichen regionalen Bevölkerungsvorausberechnungen der statistischen Landesämter, 2009
Kramer, Peter H.: Intension und Signifikanz der Bevölkerungsvorausberechnungen der Bertelsmannstiftung, 2011

Vorausberechnungen sind Aussagen oder Einschätzungen der weiteren Entwicklung nicht möglich.

Es ist fraglich, ob man im Fall der Berechnungen der Bertelsmannstiftung und der statistischen Landesämter überhaupt von einem Modell der Wirklichkeit sprechen kann. Jedes Modell muss in der Lage sein, die bisherige Entwicklung möglichst genau nachbilden zu können. Als variable Größen bzw. Einflussfaktoren gelten dabei lediglich die Eingriffe in das System (die politischen Entscheidungen und Maßnahmen). Da wir es hier mit einem sehr trägen System zu tun haben, dürfen die Abweichungen der Prognosen nur gering sein. Das können die Berechnungen der Bertelsmannstiftung und der statistischen Landesämter auch nicht ansatzweise leisten. Dies erklärt auch, warum fortwährend neue Prognosen erstellt werden. Da die jüngste Vergangenheit fortgeschrieben wird, sind die Abweichungen in den nächstfolgenden Jahren noch gering. Sobald die Abweichung offensichtlich wird, erfolgt eine erneute Berechnung.

Diese extrem rudimentären „Modelle“ der Wirklichkeit haben dann auch zur Folge, dass die Einflussmöglichkeiten und die Folgen politischen Handelns nicht erkannt und beschrieben werden. Damit wird auch unterstellt, dass ein Wechsel der politischen Mehrheiten ohne Folgen auf die weitere Entwicklung einer Kommune bleibt. Den Verantwortlichen bleibt so nur die Möglichkeit, auf die Aussagen der Prognosen zu reagieren. Tatsächlich sind die Einflussmöglichkeiten auf die Bevölkerungsentwicklung vor allem auf kommunaler Ebene erheblich.

Auch das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein erstellt Prognosen, die freihändig und apodiktisch mit „Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und Kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins bis ...“ betitelt werden (also nicht Abschätzung der ... oder Modellrechnung zur ...). Der Statistische Bericht A I 8 vom April 2011⁵ gibt an, dass die Zahl der Einwohner landesweit ab 2010 sinkt. Tatsächlich stieg sie seitdem stark zunehmend an. Laut dieser Bevölkerungsvorausberechnung sollten Ende 2015 259.500 Einwohner im Kreis Segeberg wohnen. Tatsächlich waren es Ende 2015 267.503 Einwohner. In den übrigen Kreisen und den kreisfreien Städten stimmen die Prognosen, gelegentlich sind die Abweichungen aber noch weitaus größer. Das Ergebnis variiert zufällig. Gelegentlich treffen sie dann auch mal zu. Die Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2004 errechnete für den Kreis Segeberg für das Jahr 2015 267.600 Einwohner. D.h., die Zensuskorrekturen und die Immigration im Jahr 2015 (Flüchtlingskrise) sind schon Jahre zuvor vorhergesagt worden. Die nachfolgenden Prognosen kamen allerdings wieder zu anderen, abweichenderen Ergebnissen.

Im Jahr 2016 wurde vom Statistikamt Nord die neueste „Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und Kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins bis 2030“ vorgelegt⁶ und im Juni 2016 von der Staatskanzlei präsentiert⁷. Auch hier wurden wiederum willkürlich und ohne jegliche Begründung Annahmen zu den oberflächlich differenzierten Bevölkerungsbewegungen getroffen. Es wurde unterstellt, dass sich die relative Geburtenhäufigkeit (bzw. die altersspezifischen Geburtenziffern) in den Kreisen im Durchschnitt der Jahre 2011 bis einschließlich 2014 bis zum Jahr 2030 nicht verändert. Tatsächlich nahm sie u.a. in den letzten Jahren zu. Es wurde weiterhin unterstellt, dass die Lebenserwartung kontinuierlich zunimmt. Tatsächlich ist sie in erheblichem Maß von der medizinischen und der sozialen Entwicklung abhängig. Bei den besonders relevanten Wanderungsbewegungen wurde unterstellt, dass die Wanderungsgewinne von 42.000 im Jahr 2015 auf 32.000 im Jahr 2016 bis auf 11.000 im Jahr 2021 sinken. Diese Annahmen sind frei erfunden. Das Vorgehen bzw. die „Methode“ hat sich seit Jahrzehnten nicht verändert. Neue sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, gesellschaftliche Entwicklungen und Methoden der Analyse und Modellbildung komplexer Systeme werden konsequent ignoriert. In der Pressemeldung der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein zur „Neue(n) Berechnung zur Bevölkerungsentwicklung: Schleswig-Holstein wächst – Rückgang erst ab 2020

5 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und Kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins bis 2025, Statistische Berichte A I 8, April 2011.

6 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und Kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins bis 2030, Statistische Berichte A I 8, November 2016

7 Medien-Information der Landesregierung vom 28.06.2016. Verantwortlich für den Presstext: Staatskanzlei, Lars Erik Bethge

erwartet“ vom 28. Juni 2016 heißt es im letzten Absatz: *„Die aktuelle Berechnung ist weder als Vorhersage noch als festgelegtes Ziel zu verstehen. Sie ist vielmehr eine Vorausberechnung die aufzeige, wie sich Einwohnerzahlen und Altersstruktur im Land unter den getroffenen Annahmen entwickeln würden.“* Der Ministerpräsident erklärt also, dass die Bevölkerungsvorausberechnung kein politisches Ziel ist. Die Zahl der Einwohner ist ohnehin nur ein Indikator (eine wertfreie Messgröße) und kann schon daher gar kein politisches Ziel sein. Den willkürlich gesetzten Annahmen liegen jedoch tatsächlich (politische) Wertungen zu Grunde. Sie lassen sich eben nicht naturwissenschaftlich herleiten. Hier entmachten sich die politischen Entscheidungsträger selber und übergeben ihre Handlungsmöglichkeiten der „Intuition“ eines offensichtlich gänzlich unpolitischen Sachbearbeiters. De facto wird die räumlich disparate und eher anarchische Entwicklung der letzten Jahre in Schleswig-Holstein goutiert und fortgeschrieben. D.h., „es ist alles in Ordnung“, u.a. dass wie in dieser Vorausberechnung prognostiziert, der Norden und der ländliche Raum „leer läuft“ und der Süden und die Städte immer weiter wachsen. Es wird auch unterstellt, dass diese Entwicklung gar nicht beeinflussbar ist oder gar gesteuert werden kann. Der Hinweis, dass es sich bei den Berechnung nicht um festgelegte Ziele handelt, verhindert jedoch nicht, dass mit der gleichen Methode aufbauend auf der Bevölkerungsvorausberechnung eine Wohnungsmarktp~~rognose~~ erstellt wird. Bis 2030 *müssen* dann ... Wohnungen gebaut werden, insbesondere in den Hamburger Randkreisen. Wenn es nicht genügend Wohnungen gibt, kann es aber keine derart hohen Zuwanderungen geben. D.h., ein zwingender Handlungsbedarf (hier erforderliche Wohnung) wird mit einem frei erfundenen Ziel begründet (Zuwanderung), dass als Ziel nicht also solches benannt wird, aber den Wohnungsbau zur Voraussetzung hat. So wird dann eben doch die Bevölkerungsvorausberechnung zum „alternativlosen“ politischen Ziel. Einleitend heißt es dort auch: *„Die Vorausberechnung ist unter anderem eine wichtige Grundlage für Infrastrukturplanungen im Land.“* Es sollte daher auch nicht überraschen, dass kurz nach Veröffentlichung der neuen Bevölkerungsvorausberechnung bereits die ersten Wohnungsbedarfsprognosen, Kindergartenbedarfspläne, Schulentwicklungspläne, Stellungnahmen der Landesentwicklung, Kreisentwicklungskonzepte, Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen usw. auf Basis dieser „nicht festgelegten Ziele“ festgelegt wurden. Für Laien ist diese Prognose ja schließlich amtlich und sie ist schließlich vom Ministerpräsidenten vorgestellt worden. Mit der gleichen Methode wurde vom Statistikamt Nord der Wohnungsbedarf errechnet und Anfang 2017 bekannt gegeben⁸. Grundlage für den errechneten Wohnungsbedarf waren die „nicht festgelegten Ziele“ der Bevölkerungsprognose. Das Kieler Innenministerium erklärt in der SHZ dazu: *„Die Prognose zeigt, dass wir insgesamt in den kommenden Jahren noch mehr Wohnungen benötigen als bislang angenommen.“* Damit aber nicht genug. Im weiteren Verlauf der Pressemeldung vom 28.06.2016 heißt es dann: *„Die Ergebnisse (der Bevölkerungsvorausberechnung) müssen daher in Zukunft mit der tatsächlichen Entwicklung abgeglichen werden und bei Bedarf auf Grundlage neuer Rahmenbedingungen aktualisiert werden.“*

Es nützt nichts, immer wieder zu behaupten, dass die Bevölkerungsvorausberechnung ja nur auf Annahmen beruhen, die auch nicht stimmen müssen. In der Praxis werden sie von „Fachleuten“ oder in der Verwaltung als nicht zu hinterfragende Tatsache betrachtet. Dazu ein Beispiel mit Bezug auf den Kreis Segeberg und somit auch auf die Stadt Bad Bramstedt. Dazu lesen wir im Regionalen Entwicklungskonzept für die Landesentwicklungssachse A7-Süd aus dem Jahr 2012 auf Seite 11 *„In den Kreisen Segeberg (...) und Rendsburg-Eckernförde (...) sowie der Stadt Neumünster (...) wird die Zahl der Einwohner hingegen voraussichtlich rückläufig sein.“*⁹ Wie noch gezeigt wird, stieg die Zahl der Einwohner im Kreis Segeberg tatsächlich aber an. Grundlage für diese kapitale Fehleinschätzung war die ungeprüfte Übernahme der Bevölkerungsprognose des Statistikamtes Nord. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Autoren offensichtlich in völliger Unkenntnis der ablaufenden Prozesse genau den

8 Flensburger Tageblatt vom 21. März 2017: *„Die Wohnungskrise ist längst da“* : Schleswig-Holstein braucht jährlich 16.000 neue Wohnungen. Die Bevölkerung in Schleswig-Holstein wächst schneller als erwartet: Bis 2030 fehlen insgesamt 154.000 Wohnungen.“

9 Georg Consulting: Grundlagen und Rahmendaten, Regionalen Entwicklungskonzept für die Landesentwicklungssachse A7-Süd, September 2012

Zeitpunkt der höchsten Zuwanderung junger Leute (Kinder der Babyboomer) in die Städte und dem Tiefststand bei der Rückwanderung junger Familien sowie die Folgen der Regulationskrise der Finanzwirtschaft schwerpunktmäßig für ihre Analyse betrachtet hatten, ein weiterer schwerer Fehler dieser „Grundlagen für die Regionalentwicklung“. In der Einschätzung wird dann auch als „Schwäche“ im Bereich der „Demographischen Entwicklung und Wanderungen“ konstatiert, dass der Süden wächst, der Norden „rückläufig“ ist, dass kleine und ländliche Gemeinden deutliche Bevölkerungsverluste haben und der „ländliche Raum“ starke Bildungs-Abwanderung hat (gemeint ist wohl die Abwanderungen junger Leute). Die tatsächlich ablaufenden Prozesse in der Region werden auch in dieser Arbeit nicht erkannt und folglich auch nicht beschrieben. Tatsächlich setzte in den letzten Jahren die Rückwanderung insbesondere junger Familien aus den Städten in das Umland ein. Davon wurden viele der Städte und Gemeinden überrumpelt. Einige hatten sogar u.a. aufgrund der Aussagen wie im REK ihr Kinderbetreuungsangebot umgebaut oder ihre Kapazitäten an den Schulen reduziert. Viele dieser Kommunen können den Bedarf nun nicht mehr mit den vorhandenen Kapazitäten abdecken (weitere Ausführungen dazu in der weiteren Analyse). Eine Arbeit, wie die zum REK, allein verändert natürlich nicht die Wahrnehmung und führt nicht zu entsprechenden Verhaltensänderungen. Wenn allerdings immer wieder das „gleiche Lied“ gesungen wird und wenn dann auch noch mit Workshops diese Vorstellung „moderiert“ d.h. pädagogisierend eingeübt wird, kann sich kaum noch jemand dem Entziehen. Aber: *„Die Ergebnisse (der Bevölkerungsvorausberechnung) müssen daher in Zukunft mit der tatsächlichen Entwicklung abgeglichen werden und bei Bedarf auf Grundlage neuer Rahmenbedingungen aktualisiert werden.“* Es kann davon ausgegangen werden, dass die gleichen Autoren und Moderatoren dann dazu Gelegenheit bekommen werden. Weitere Fehler des REK werden in den nachfolgenden Kapiteln abgehandelt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit).

Wie nachgewiesen wurde, sind die vorliegenden Prognosen bzw. Vorausberechnungen offensichtlich falsch. Sie sind hier von Interesse, da sie Einfluss auf die Wahrnehmung und Handlungen von Entscheidungsträgern nehmen. Eine Analyse der Bevölkerungsbewegungen muss diesen Einflussfaktor bzw. muss diese Prozesse zwingend mit einschließen. Es ist ein unlösbarer Teil des Gesamtsystems. Ihre apodiktischen Aussagen lassen sich leicht zur Legitimation und Durchsetzung von Partikularinteressen¹⁰ instrumentalisieren. Dann heißt es: „Wegen dem unweigerlich eintretenden demographischen Wandel, muss ...“. Die oberflächliche Beschreibung der beobachteten Phänomene behindert eine politische und inhaltliche Auseinandersetzung über gesellschaftliche Verhältnisse. Man muss sich also gar nicht erst mit Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Gleichberechtigung usw. befassen oder wer mit welchem Interesse hier Einfluss nimmt usw.. Die demographische Entwicklung wird hier als unveränderliches Naturgesetz dargestellt und auch so wahrgenommen. Damit werden systematisch und gelegentlich durchaus mit Vorsatz die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ausgeklammert. In der modernen Soziologie wurde hierfür längst der Begriff der Demographisierung geprägt¹¹.

Für eine Entwicklungsplanung (Kinderbetreuungsbedarf, Schulentwicklung, Kreis- oder Stadtentwicklung usw.) sind die Vorausberechnungen der statistischen Landesämter oder die Bevölkerungsprognosen der Bertelsmannstiftung und anderer Büros und Institute die alle nach der gleichen Methode arbeiten nicht geeignet und ihre Anwendung wäre im Sinne des Gemeinwohls fahrlässig¹².

10 Auch der in diesem Zusammenhang häufig gebrauchte Begriff des „demographischen Wandels“ ist kein wissenschaftlicher Befund sondern ein politisches Programm. Siehe: Kramer, Peter H.: der demographische Wandel: weniger, bunter, älter? Eine kritische Anmerkung zu der häufig unüberlegt gebrauchten Phrase. 2014

11 siehe: „Bevölkerung“ - Kritik der Demographie. Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 146, 37. Jahrgang, März 2007

12 So wurde der Umlandgemeinde Weyhe sogar ein Rückgang des Kinderbetreuungsbedarfes vorhergesagt, tatsächlich stieg er aber u.a. durch Rückwanderungen weit über die Aufnahmekapazitäten an. Dazu Weserkurier vom 23.05.2017: „Kita-Plätze in Weyhe ... Eigentlich sollte der derzeit laufende Bau der neuen Einrichtung am Neddernfeld der Gemeinde Weyhe etwas Luft beim Kita-Ausbau verschaffen. Doch falsch gedacht: Das Stadtentwicklungsbüro Forum lag bei seiner Vorhersage zum künftigen Betreuungsbedarf offenbar gewaltig daneben, die inzwischen vorliegenden tatsächlichen Anmeldungen im Kindergarten- und Krippenbereich liegen „deutlich oberhalb der ursprünglichen Prognosezahlen“. Das geht aus der Vorlage zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kindertagesstätten und Jugend an diesem Mittwoch, 24. Mai, ab 18.30 Uhr im Rathaus hervor.“ Anmerkung: Prognosezeitraum ist hier 1 Jahr.

Sie führen zudem dazu, dass individuelle und möglicherweise auch schwerwiegende Probleme einer Kommune nicht rechtzeitig erkannt werden und somit auch nicht effizient und nachhaltig entgegen gesteuert werden kann.

Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklungsplanung, Kommunal- und Landespolitik ist die Kenntnis über die Wirkungszusammenhänge, die ablaufenden Prozesse und der Steuerungsmöglichkeiten und der politische Wille diese Entwicklung zu steuern. Mit der Szenariotechnik und der Computersimulation kann dann die weitere Entwicklung abgeschätzt werden. Dies schließt die Folgenabschätzung neuer Regelungen, Maßnahmen und Eingriffe ein. Dieses Wissen befähigt, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu erkennen und zu nutzen. Die weitere Entwicklung eines Landes oder einer Kommune kann so demokratisch, flexibel, präzise und nachhaltig gesteuert werden.

**Auszug aus dem Kapitel: 2.6 Abschätzung des Wohnraum- und Baulandnachfragepotentials
Seite 133 bis 134:**

Exkurs: Wohnungsmarktkonzept Quickborn vom Mai 2010

Die GEWOS hatte im Mai 2010 ein Wohnungsmarktkonzept¹³ Quickborn vorgelegt. Im Nachfolgenden wird kurz auf die angewandte Methode und den Aussagen der in diesem Zusammenhang erstellten Wohnungsmarktprognose 2026 eingegangen. Sie steht hier synonym für viele ähnliche bzw. wortgleiche „Arbeiten“.

Für die Wohnungsmarktprognose wurde „... auf Grundlage der Prognose des Kreises Pinneberg eine Bevölkerungsprognose in drei Varianten erstellt.“ Diese Prognosen basieren auf linearen Projektionen willkürlich ausgewählter Durchschnittswerte eines willkürlich ausgewählten Zeitabschnittes, die in willkürlich ausgewählten Varianten eine scheinbare Wählbarkeit suggerieren. Fortschreibungen auf Basis von Durchschnittswerten sind bei komplexen, dynamischen Systemen grundsätzlich nicht möglich¹⁴. Außerdem werden so weder die Herausforderungen noch deren politischen Gestaltungsmöglichkeiten ersichtlich. Auf diese schwerwiegenden Mängel dieser „Methode“ wurde bereits mehrfach eingegangen (siehe u.a. Kapitel 1.3 Seite 9 ff.)

In der Einleitung des „Wohnungsmarktkonzeptes“ wird sehr kurz auf die vorherige Bevölkerungsentwicklung eingegangen: „Die Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren insgesamt leicht angestiegen.“ (Seite 16) Durch die Abbildung 4 auf Seite 16 wird dies dann suggeriert, indem sie zusammen mit der Entwicklung im Kreis als Index (1997 = 100) dargestellt wird. Die X-Achse der Grafik wird jedoch nicht auf 100 bis 106 (min - max) sondern von 97 bis auf 106 skaliert. Für die 97 gibt es keinen plausiblen Grund. Von 100 bis 106 skaliert, würde jedoch ersichtlich, dass die Zahl der Einwohner seit 2003 in der Stadt Quickborn stagnierte. Bei einer stagnierenden oder gar rückläufigen Bevölkerungszahl lässt sich mit der dort angewandten Methode jedoch kein Wohnungsbedarf errechnen. Die nachfolgende Abbildung 5 macht dann daraus einen Bevölkerungsanstieg. Dabei wird die Datenbasis mal eben gewechselt und aus der Entwicklung von drei Jahren eine Projektion für Jahrzehnte generiert. Im Text heißt es dann, dass es schon Auswirkungen des demographischen Wandels gäbe. Diese gibt es aber schon seit über 50 Jahren. Hier werden gültige Allgemeinsätze aufgeführt, um die übrigen, fiktiven Aussagen so zu stützen. Etwas später heißt es dann: „Der Anteil der Personen in der Familiengründerphase, die einen Großteil der Eigentumsbilder ausmachen, hat sich ... reduziert.“ Ohne Analyse der Alters- und Sozialstruktur der eigenheimbauenden bzw. eigentümerwerbenden Personen, ist das reine Spekulation und ist im übrigen auch falsch (siehe Kapitel 2.1.1.1 Seite 18 ff.).

Eingangs wurde bereits erwähnt, dass der Wohnungsmarktprognose eine Bevölkerungsprognose zugrunde liegt. Die Stadt Quickborn (vermutlich ein Ausschuss oder der Rat) „setzt“ für die Stadtentwicklung die obere Variante „an“. Annahme sind „umfangreiche Zuzüge von neuen Haushalten aus Hamburg“ und ein erfolgreicher Generationswechsel in den älteren Eigenheimen. Zunächst ist festzustellen, dass keine Haushalte zuziehen sondern Personen. Die Beschränkung auf Hamburg ist willkürlich und lässt sich aus den Wanderungsbewegungen nicht herleiten. Aus diesen oberflächlichen Allgemeinsätzen lassen sich gar keine oder jede beliebige Bevölkerungsentwicklung „begründen“. Die Prognose kommt dann zu einem Zuwachs von 6% Einwohner bis 2026, die durch Zuwanderungen erzeugt werden müssen. Nach dieser Prognose wären das Ende 2014 etwa 20.800 Einwohner gewesen. Ohne Korrektur des Zensus waren es Ende 2014 tatsächlich 21.100. Immerhin ein

13 Der Begriff Markt umschreibt einen Ort an dem Handel betrieben wird. Die Regeln und ablaufenden Prozesse eines Marktes sind gegeben. Ein Markt kann kein Konzept haben, ansonsten reden wir von Planwirtschaft.

14 siehe auch: Kramer, Peter H.: Intension und Signifikanz der amtlichen regionalen Bevölkerungsvorausberechnungen der statistischen Landesämter, 2009
Kramer, Peter H.: Intension und Signifikanz der Bevölkerungsvorausberechnungen der Bertelsmannstiftung, 2011

Zuwachs, auch wenn das die lineare Projektion gar nicht hergibt.

Auf dieser Grundlage erfolgte dann eine Berechnung der Haushalte (ohne Angaben zur Methode). Auf Seite 38 wird erklärt: „Haushaltsverkleinerung sorgt für zusätzlichen Anstieg“. Die dort dargestellte Entwicklung der Haushalte lässt sich aus den Mikrozensusdaten jedoch nicht herleiten. Die Zunahme der Haushalte wird damit erklärt, dass dann „mehr Personen lange Zeit allein (leben), bevor sie [...] eine Lebensgemeinschaft bilden.“ Ein Einpersonenhaushalt wird jedoch nicht zu mehr Einpersonenhaushalten weil er länger besteht. Dann wird argumentiert, dass es immer mehr Ältere gibt. Auch dadurch sinkt die Haushaltsgröße und es gibt so mehr Haushalte. Ein Mensch macht jedoch nicht mehr Haushalte weil er alt wird. Mit 50 Jahren wohnt ein älteres Paar in einem Zweipersonenhaushalt. 30 Jahre älter, mit 80 Jahren, wohnt das gleiche Paar noch immer einem Zweipersonenhaushalt. Auch wenn eine Personen verstirbt, bleibt es bei einem Haushalt. Es gibt also nicht mehr Haushalte. Daraus wird dann geschlussfolgert, dass die Zahl der Personen je Haushalt von 2,31 auf 2,27 zurück geht und folglich mehr Wohnungen benötigt werden.

Für 2006 wird auf dieser Grundlage dann ein rechnerischer Überhang von 250 Wohnungen festgestellt. Abzüglich einer Fluktuationsreserve (2%) gibt es dann noch einen Überhang von 50 Wohnungen. „Bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes (2026) wird der Nachfrageüberhang auf 450 [...] Wohneinheiten [...] anwachsen“ (Seite 39). Bis 2016 liegt der Nachfrageüberhang bei 150 Wohneinheiten. Eine Erläuterung bzw. eine plausible Erklärung gibt es zu diesen „Erkenntnissen“ nicht. Tatsächlich stieg der Wohnungsbestand schon bis zum Jahr 2014 um mehr als 700 Wohnungen an – also um das 5-Fache! D.h. zwischen den Prognosen der GEWOS und der tatsächlichen Bevölkerungs- und Wohnungsbestandsentwicklung gibt es gar keinen Zusammenhang. „Derzeit besteht in Quickborn ein ausgeglichener Wohnungsmarkt“ (Seite 39). Die Arbeit der Gewos wurde 2010 abgeschlossen. Im Jahr 2010 wurden bereits 77 neue Wohnungen fertig gestellt, mehr als in den Jahren zuvor. 2014 waren es dann 206 Wohnungsfertigstellungen und der Wanderungssaldo stieg auf 413 Einwohner an. Es entstand im Gemeinbedarf eine Bedarfsspitze, die mit den vorhandenen Kapazitäten nicht mehr abgedeckt werden konnte. Im Glauben an einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt und eine geringe Wohnungsnachfrage hatte die Stadt Quickborn (bzw. ihre politischen Vertreter) zu viel Wohnraum geschaffen bzw. Bauland ausgewiesen.